Niederschrift JHA/007/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 28.10.2021

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 18:05 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Heinz-Jürgen Wisselmann	BfR	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Domenico Bellinvia		Ausschussmitglied f. Katholische Kirche
-------------------------	--	---

Frau Barbara Kammer	Ausschussmitglied f. Schulen
Frau Claudia Raneberg	Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Frau Karin Sauerland	Jugendamtsealtenbeirat
Herr Vincenzo Pirone	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Vertreter:

Frau Karin Albers	Stellv. Ausschussmitglied für Jugendwohlfahrtsverbände - zur Verpflichtung
Herr René Dall	Vertretung für Frau Antonia Richter
Frau Tatjana Lücke	SPD Vertretung für Frau Yvonne Köhler

Verwaltung:

Frau Andrea Atrott	Vorzimmer Beigeordneter
Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Diana Möllers	Kinder- und Jugendschutz
Frau Annette Wiggers	Jugendamtsleiterin
Herr Ingo Schmitz	Stellv. Schriftführer

Gäste:

Frau Rebecca Hinnah	Jugend- und Familiendienst Rheine e. V. – bis 19:20 Uhr
Herr Sascha Hönekamp	Kath. Jugendwerk Rheine e. V. – bis 19:20 Uhr
Herr Dirk Holtmann	Stadtjugendring Rheine e. V. – bis 19:20 Uhr
Herr Frank Müller	Caritasverband Rheine e. V. – bis 19:20 Uhr
Herr Philip Saatkamp	Ev. Kirchengemeinde Jakobi – bis 19:20 Uhr
Herr Patrick Thomeczek	Kath. Jugendwerk Mesum e. V. – bis 19:20 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Frau Raphaela Scholz	CDU	Ratsmitglied
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände

beratende Mitglieder:

Herr Bernhard Jäschke AG 78

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Andrea Deupmann	Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung
Herr Stefan Heskamp	Ausschussmitglied f. Polizei
Herr Jörg Langhans	Ausschussmitglied f. Richter
Frau Andrea Bischoff	Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Frau Karin Albers als persönliche Vertreterin von Herrn Hülsbusch, als neues stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung am 26.08.2021

Es gibt keine Änderungs- und Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann erläutert die Informationen.

Zum Thema LSBTI führt Herr Gausmann aus, dass die AWO hier tätig geworden sei, da diese bereits in vielen Schulen schon das Projekt „Liebesleben“ erfolgreich durchführe. Aus diesen Projekten würden sich bereits die Anfragen ergeben. Um sowohl direkt aus diesem schulischen Bereich als auch sonstigen Kontexten in die Beratung einsteigen zu können, erfolgt dies durch die AWO in St. Michael. Daher besitzt die AWO bereits die Kontakte und auch die entsprechende fachliche Expertise.

Am 26. Oktober 2021 hat die konstituierende Sitzung des Jugendamtselternbeirates stattgefunden. In dieser Sitzung wurden die bisherige Vorsitzende Frau Sauerland und die stellvertretende Vorsitzende Frau Schmitz wiedergewählt. Dazu wird herzlich gratuliert.

Herr Timpe fragt nach dem aktuellen Stand zu dem vor einigen Jahren entstandenen Verein Emsvielfalt e. V., der im Bereich LSBTI bereits tätig gewesen sei.

Herr Gausmann führt aus, dass es früher Kontakt zum Verein gegeben habe, dieser sich jedoch leider aufgelöst habe.

Frau Floyd-Wenke regt an, die an dem Infoabend mit psychisch belasteten Kindern in Angeboten der Jugendarbeit besprochenen Strategien für den Umgang in Erfahrung zu bringen. Es könnten sich daraus Erkenntnisse für die Politik ergeben, die für den JHA relevant seien.

Frau Floyd-Wenke merkt an, dass im Beteiligungsverfahren in Rodde nicht verwunderlich gewesen sei, dass die Jugendlichen nicht nur weitere Projekte, sondern Treffpunkte wünschen würden. Dieses könne auch ein Thema für den dortigen Stadtteilbeirat sein.

Herr Gausmann führt aus, dass das Thema psychische Belastungen von Kindern in der Corona-Zeit im kommenden Jahr sicherlich als ein Schwerpunktthema behandelt werde. In diesem Kontext werden die Fragen aufgearbeitet. In der kommenden Sitzung werden die Haushaltsdaten zu den Corona-Kosten mit ca. 1,5 Mio. Euro an zusätzlichen Ausgaben zu finden sein. Deshalb sollte schon Anfang kommenden Jahres das Thema dezidiert behandelt werden. Neben den Jugendhilfeeinrichtungen haben auch die Schulen daran besonderes Interesse signalisiert, so dass hier für die Lehrerinnen und Lehrer ebenfalls ein Angebot erfolgen werde.

Herr Gausmann erläutert zum Punkt Rodde, dass mehrere kleine Stadtteile in Rheine, z. B. Rodde, keine klassischen Angebote der dezentralen Jugendarbeit gehabt hätten. Im Laufe des nächsten Jahres werde die Politik die Auswirkungen auf die personellen Strukturen für dezentrale Angebote diskutieren müssen.

Frau Wiggers führt ergänzend aus, dass im Vorfeld nicht nur in Rodde der Stadtteilbeirat beteiligt worden sei, sondern die Stadtteilbeiräte in Rheine grundsätzlich in solchen Fällen einbezogen würden.

Herr Fühner fragt für die CDU, inwieweit alle Kinder die am Kinderbeirat Interesse haben, auch die Möglichkeit zur Mitarbeit erhalten hätten. Auch sei der Ablauf zur Akquise der Mitgliedererwerbung des Kinderbeirates von Interesse.

Herr Gausmann führt aus, dass über die Schulen und die Presse entsprechend informiert worden sei. Daraufhin hätten sich 22 Kinder gemeldet und wären es mehr gewesen, wären diese interessierten Kinder auch mitgenommen worden.

Frau Wiggers ergänzt dazu, dass ihre Kolleginnen und Kollegen in allen 5 Klassen zur Gewinnung und Werbezwecken aktiv unterwegs gewesen seien.

Herr Hewing stellt die Nachfrage, wie der jetzige Kinderbeirat strukturiert sei.

Herr Fühner führt aus, dass diese Information in entsprechender Form in einer zukünftigen Sitzung vorgestellt werden solle.

Herr Gausmann ergänzt, dass alle Schulformen in Rheine im Kinderbeirat vertreten seien.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohneranfragen.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

Die Mitglieder(innen) des Familienbeirates sind entschuldigt nicht anwesend.

5. Vorstellung der in der AG § 78 vertretenen Institutionen Vorlage: 363/21

Herr Fühner begrüßt die eingeladenen Institutionen und deren Vertreter(innen), welche anschließend in ihre jeweilige Präsentation einführen. Diese sind als Anlagen beigefügt.

Katholisches Jugendwerk Rheine e. V.

Herr Hönekamp

Anlage: 1-KJW Rheine Präsentation JHA.pdf

Katholisches Jugendwerk Mesum e. V.

Herr Thomeczek

Anlage: 2-PPP JHA Hot Alte Dame.pdf

Evangelische Kirchengemeinde Jakobi

Herr Timpe und Herr Saatkamp

Anlage: 3-Jugendzentrum Jakobi.pdf

Stadtjugendring Rheine e. V.

Herr Holtmann

Anlage: 4-Präsentation SJR JHA 28.10.2021.pdf

Jugend- und Familiendienst Rheine e. V.

Frau Hinner als Vertreterin für Frau Friedrichs

Anlage: 5-Der jfd-Jugendarbeit.pdf

Caritasverband Rheine e. V., Abteilung Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit

Herr Müller

Anlage: 6-CV Rheine JHA Vorstellung der Angebote.pdf

Herr Fühner spricht stellvertretend für alle Anwesenden großen Dank für die Präsentationen der Institutionen aus. Darüber hinaus würdigt er die gute tägliche Arbeit; insbesondere sei die hohe Kreativität sehr beeindruckend gewesen, um in der Corona-Zeit Mittel und Wege für die Angebote zu finden, um diese erfolgreich umsetzen zu können. Einige neue Angebote werden sich sicherlich etabliert haben.

Herr Fühner greift das Stichwort Demokratie und Demokratieförderung auf. Dies solle in Zukunft ein Schwerpunkt für alle in den unterschiedlichen Kontexten sein. Die Demokratie solle nicht nur verteidigt, sondern gelebt werden. Unsere Gesellschaft mache aus, dass sie bunt gelebt werde, wie hier in vielfacher Weise dargestellt worden sei.

Frau Lücke von der SPD bedankt sich ausdrücklich für die guten inhaltsreichen Vorträge und die hervorragende vielfältige Arbeit bei den vortragenden Institutionen. Gerade die quartiersbezogene Arbeit in und über Rheine hinaus wird von der SPD für gut befunden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorstellungen der in der AG § 78 Kinder- und Jugendarbeit vertretenen Institutionen zur Kenntnis.

6. Eckpunkte zur Vertragsgestaltung im Bereich der hauptamtlich strukturierten Kinder- und Jugendarbeit Vorlage: 514/21

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Das was die Stadt Rheine an finanziellen Rahmenbedingungen zur Verfügung stelle, sei tatsächlich nur ein Minimum. Ein Großteil werde über Drittmittel finanziert, wie z. B. Europäischer Sozialfonds, Landesförderplan, Spenden, etc. In der Vorlage sei nur der städtische Anteil abgebildet. Bei den dargestellten Summen handele es sich um Jahressummen. Die Betriebs- und Programmkostenzuschüsse seien bei den 3 Einrichtungen der offenen Treffs abhängig von der Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter(innen) abgebildet. Hier gebe es einen bestimmten Verteilerschlüssel.

Was das Katholische Jugendwerk Rheine betreffe, gebe es dort 5 Stellen für derzeit 6 Einrichtungen. Die Einrichtung JUP ist derzeit nicht geöffnet, werde aber reaktiviert. Das Café Elsbeth solle geschlossen werden. Im nächsten Jahr werde zu diskutieren sein, ob 6 Einrichtungen mit 6 Mitarbeiter(inne)n weiter betrieben werden sollen. In Gesprächen mit dem Katholischen Jugendwerk Rheine ist unstrittig klargeworden, dass eine Teilung einer 0,5-Stelle auf 2 Einrichtungen letztlich nicht ausreiche um Öffnungszeiten abzudecken, sondern auch keine ausreichenden Inhalte angeboten werden könnten.

Bei dem Vertrag mit dem Stadtjugendring Rheine habe es ein Ungleichgewicht aufgrund einer 97%igen Personalkostenförderung anstatt der regelmäßigen 100%igen Förderung gegeben. Die Differenz sei durch die entsprechende Reduzierung der Miete für das Zeltdepot ausgeglichen worden.

Herr Schomaker führt aus, dass mehr Geld benötigt werde und nicht nach Bedarf abgerechnet werden sollte. In den Vorträgen der Einrichtungen sei mehrfach auf Personalmangel hingewiesen worden, so dass die Öffnungszeiten und Angebote teilweise nicht sichergestellt werden könnten.

Herr Gausmann erläutert, dass in allen Bereichen der sozialen Berufe ein Personalmangel herrsche. Die Öffnungszeiten seien somit beim Personalausfall nicht abbildbar. Dies werde von den Einrichtungen mit der Stadt kommuniziert und würde dann ggfls. auch kommuniziert werden.

Herr Schomaker stellt die Nachfrage, ob das Café Elsbeth dauerhaft oder nur übergangsweise geschlossen werde.

Herr Gausmann erklärt, dass das Gebäude abgerissen werde. Die Kirchengemeinde habe signalisiert, die Jugendarbeit im Neubau nicht mehr zu beheimaten. Aus diesem Grunde sei beim Kauf der dortigen KITA das Jugendheim St. Michael mitgekauft worden. So sei das Jugendheim über die städtische Wohnungsgesellschaft gesichert worden. Das Angebot an diesem Standort für Dutum und Dorenkamp gelte es noch zu diskutieren.

Frau Floyd-Wenke stellt die Nachfrage, ob es möglich sei, den Personalkostenzuschuss im Protokoll zu beziffern. Nur so können diese genau verglichen werden (siehe Anlage 7 der nichtöffentlichen Sitzung).

Bezüglich des Personalmangels stelle sie sich die Frage wie die Öffnungszeiten gewährleistet würden. Einem Vortrag sei zu entnehmen gewesen, dass eine Einrichtung nur 2 Tage mit nur 4 Stunden geöffnet hätte. Wenn Personalstellen nicht besetzt seien, bedeute dies, dass der Zuschuss dafür nicht gezahlt werde.

Herr Fühner bittet für die CDU um Angaben zu den Laufzeiten der Verträge. Darüber hinaus sei dies bei abgestimmter Umwandlung von einer Sozialarbeiterstelle in eine Erzieherstelle grundsätzlich im Rahmen des Fachkräftemangels zu begrüßen. Hierbei stelle sich jedoch die Frage, ob dann der Personalkostenzuschuss auf die ausbildungsprofilspezifische Erzieherstelle reduziert werde.

Ein weiterer Punkt betreffe das JUP St. Josef. Dort werde nicht nur eine temporäre Öffnung bis zur Öffnung St. Michael gesehen. St. Michael liege in Dutum/Dorenkamp, so dass im Bereich St. Josef weiterhin ein Angebotsbedarf gesehen werde. Ob der Bedarf genau an dieser Örtlichkeit gedeckt werden solle oder im Umfeld, sei nicht entscheidend.

Eine weitere Anmerkung betreffe das schon mehrfach diskutierte Thema des Personalkostenzuschusses für die Leitungsstelle der Bildungsstelle des Jugend- und Familiendienstes. Die konkrete Fragestellung sei, ob diese Förderung aus dem Jugendamtsbudget oder besser aus einem anderen städtischen Budget finanziert werden solle. Die Bildungsstättenkosten sollten stadtweit verursachungsgerecht im Haushalt abgebildet werden. Zur Klarstellung werde erwähnt, dass dem Jugend- und Familiendienst keine Förderung genommen werden solle, sondern diese nur verursachungsgerecht umstrukturiert würde.

Bezüglich der Öffnungszeiten führt Herr Gausmann aus, die 45 Stunden aus den einzelnen Einrichtungen im Südraum addiert würden.

Der Personalkostenzuschuss werde auf Basis einer Spitzabrechnung gewährt. Falls Personalkosten tatsächlich nicht angefallen seien (z. B. Erziehungsurlaub), würden diese nicht übernommen. Die Gewährung des Personalkostenzuschusses erfolge im TVöD nach der Ausbildung. Somit basiere der Zuschuss für eine eingesetzte Erzieherin nicht auf TVöD SuE 11 für Sozialarbeiter(innen), sondern nach den Tarifmerkmalen für Erzieher(innen).

Die Vertragslaufzeit betrage 5 Jahre, wie bei allen anderen Verträgen auch. Dies führe auch zur Harmonisierung. So werde sichergestellt, dass die dann im nächsten Kinder- und Jugendförderplan getroffenen Beschlüsse anschließend in die Verträge wieder mit einfließen können.

Die Diskussion um den Zuschuss der Bildungsstätten-Leitung sei ein Dauerthema. Die Bildungsstätte sei im Bereich des SGB VIII abgebildet.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, mit den Trägern der hauptamtlich strukturierten Kinder- und Jugendarbeit mit Wirkung zum 1. Januar 2022 die vertraglichen Vereinbarungen mit entsprechenden Eckpunkten zu treffen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. **Gemeinsamer Projektantrag des Jugend- und Familiendienstes e. V. und des Stadtjugendringes Rheine e. V.**
Projekt: „Fit für Demokratie – Jugend stärken für Toleranz, Beteiligung und Vielfalt“
Vorlage: 515/21

Herr Gausmann führt aus, dass das Projekt inhaltlich völlig unstrittig sei und zwingend umgesetzt werden müsse. Die finanziellen Mittel würden aktuell in diesem Haushalt nicht zur Verfügung stehen. Die Haushaltsplanberatungen für 2022 stünden in den nächsten Wochen an. Im November 2021 solle dann ein entsprechender Beschluss erfolgen, wenn geklärt sei, ob die Umsetzung budgetneutral erfolgen könne, oder die Politik noch zusätzliche Finanzmittel im Haushaltsplan 2022 zur Verfügung stellen müsse.

Herr Hewing führt an, dass das Projekt der Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen für sehr wertvoll gehalten werde und unbedingt umgesetzt werden solle.

Frau Lücke ergänzt dazu, dass die SPD dies genauso sehen würde.

Herr Fühner schließt sich für die CDU der/dem Vorredner(in) an. Deshalb solle dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt werden. Die Verwaltung solle sich darüber hinaus mit der Frage auseinandersetzen, ob es nicht noch weitere Träger gebe, die sich mit dem Thema beschäftigen würden. Dann könnte es sinnvoll sein, ein Gesamtpaket in Betracht zu ziehen, welches über den vorliegenden Antrag hinausgehe. Es werde vermutet, dass dieses Thema bei anderen Trägern bereits relevant sei.

Frau Floyd-Wenke fragt nach, warum die Verwaltung nicht schon jetzt geprüft habe, ob Finanzmittel für das von allen Seiten gewünschte Projekt zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Gausmann erläutert, dass nicht vertagt, sondern beschlossen werden solle, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen über diese Finanzmittel zu entscheiden. Der Antrag sei gestellt worden, als der Haushaltsplanentwurf 2022 bereits in den Rat eingebracht worden wäre. Heute könne noch nicht gesagt werden, ob die 32.000 Euro im Haushaltsbudget des Dezernates für 2022 kostenneutral generiert werden könnten. Wenn die Verwaltung feststelle, dass diese Finanzierung budgetneutral nicht möglich sei, was nicht auszuschließen sei, obliege es dem JHA in den Haushaltsplanberatungen 2022 entsprechende Mittel für dieses Projekt politisch zur Verfügung zu stellen.

Herr Fühner weist darauf hin, dass in der nächsten Sitzung im November 2021 die Haushaltsplanberatungen 2022 anstehen und dann eine Kostenentscheidung getroffen werden könne. Daher brauche keine Partei wieder einen Antrag zu stellen. Inhaltlich und fachlich sei das Projekt unstrittig und von allen Anwesenden gewollt.

Frau Schulze-Bennecke verweist für die Schulen auf die Ausführungen der Vorlage des Stadtjugendringes unter Punkt 2 Bedarf. Die Behauptung, dass Schulen dies Thema nur sporadisch behandeln würden, sei nicht korrekt. Sogar mit Dritten sei das Thema kontinuierlich in der schulischen Alltagsarbeit verankert. Dies erfolge z. B. durch die Schülervvertretung, das Schülerparlament, die Schulprogramme, etc. Deshalb werde diesen unter Punkt 2 des Antrages beschriebenen Bedarfsausführungen ausdrücklich widersprochen. Es gebe schon starke Bausteine in der Schule, die perfekt mit der Jugendförderung ergänzt werden könnten.

Herr Fühner führt aus, dass diesen Ausführungen inhaltlich gefolgt werde und bedankt sich für die Ergänzung und Klarstellung.

Beschluss:

Der Antragsteller:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Projektantrag „Fit für Demokratie – Jugend stärken für Toleranz, Beteiligung und Vielfalt“ des Jugend- und Familiendienstes e. V. und des Stadtjugendringes Rheine e. V. zuzustimmen und beauftragt die Verwaltung, die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(4 Ja-Stimmen / 6 Nein-Stimmen / 0 Stimmenthaltung)

Der Verwaltung:

Die Verwaltung schlägt vor, den Beschluss zu vertagen und im Rahmen der Haushaltsplanberatungen des Fachausschusses erneut zu beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Vorstellung der verschiedenen Freizeitangebote in den Sommerferien 2021 in Rheine
Vorlage: 521/21

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Als Vorsitzender bedankt sich Herr Fühner ausdrücklich bei allen Beteiligten, die dieses Programm auch unter den schwierigen Corona-Bedingungen und den sehr kurzen Vorlaufzeiten ermöglicht und umgesetzt haben. Jedes einzelne Programm hat daher eine entsprechende Würdigung verdient. Frau Wiggers sichert zu, diesen Dank entsprechend weiterzuleiten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorstellung der Sommerferienangebote zur Kenntnis.

9. Verwendung der Fördergelder "Aufholen nach Corona – Fördersäule III Jugendarbeit"
Vorlage: 518/21

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Auch hier seien kreative Angebote unter Corona-Bedingungen kurzfristig gesucht, entwickelt und umgesetzt worden.

Frau Floyd-Wenke erläutert, dass die Vorlage so interpretiert werden könnte, dass die Träger der AG 78, die die Förderanträge selbst gestellt hätten, anschließend auch selbst darüber entscheiden hätten.

Herr Gausmann erläutert, dass die Verwaltung die Anträge geprüft habe. Aufgabe der AG 78 sei es die Abstimmung der Angebote der Träger der Jugendhilfe zu erzielen. Doppelstrukturen und Doppelangebote innerhalb der Jugendarbeit seien in der AG 78 zu identifizieren und zu vermeiden. Die Förderrichtlinie hat eine Entscheidung seitens der Verwaltung vorgesehen, so dass diese auch dort gefällt wurde.

Frau Floyd-Wenke bedankt sich für die Klarstellung. Sie führt aus, dass eine detaillierte Vorstellung der Projekte und begleitenden Beratung der Projekte im JHA für sinnvoll gehalten werde.

Herr Fühner hält fest, dass eine detailliertere Vorstellung ggf. nicht nur mit Beratung, sondern mit Entscheidungscharakter für die Zukunft im JHA platziert werden solle.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorgehensweise zum Umgang mit den Fördermitteln „Aufholen nach Corona – Fördersäule III Jugendarbeit“ zur Kenntnis.

10. Teilstationäres Angebot für Mütter/Väter/Eltern und Kinder (Grundlage der §§ 27, 31 und 32 SGB VIII) Vorlage: 530/21

Herr Gausmann führt aus, dass der Antrag intensiv in der AG 78 diskutiert wurde. Er verweist auf das in der Vorlage beigefügte Protokoll dieser AG-78-Sitzungsrunde. Sollte es in Einzelfällen einen konkreten Bedarf geben, werde von den Trägern sicherlich kein identisches aber vergleichbares Angebot bereitgestellt.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Herr Fühner bedankt sich bei der AG 78 für die dortige Beratung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Beratungsergebnis der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII „Ambulante erzieherische Hilfen“ zum Top „Ausbau teilstationärer Hilfen für Familien in Rheine“ zur Kenntnis.

11. Kinder- und Jugendstärkungsgesetz - Informationen aus der Präsentation in der letzten Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII "Ambulante Hilfen zur Erziehung" Vorlage: 553/21

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Es sei innerhalb des 1. Quartals des kommenden Jahres eine Informationsveranstaltung für in der Jugendhilfe tätige Personen geplant. Hierbei seien die Mitglieder des JHA selbstverständlich mit eingeladen. Es sei eine größere Präsenzveranstaltung in der Stadthalle beabsichtigt. Der Kreis Steinfurt plant „nur“ eine Online-Veranstaltung.

Herr Fühner führt für die CDU aus, dass bei diesem Thema nicht auf Veranstaltungen von anderen Jugendämtern im Kreis Steinfurt bzw. dem Kreisjugendamt verwiesen werden sollte. Als größtes Jugendamt im Kreis Steinfurt werde eine eigene Veranstaltung gesehen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die weiteren Informationen zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz zur Kenntnis.

**12. Verbot von Hunden auf Spielplätzen - Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Spielanlagen und Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
Vorlage: 440/21**

Herr Gausmann erläutert, dass die Vorlage die Umsetzung des bereits beratenen JHA-Beschlusses sei. Hier seien drei unterschiedliche Satzungen betroffen, die einer bestimmten Beratungsreihenfolge unterliegen würden.

Herr Hülsbusch verweist darauf, dass viele Familien in der Corona-Zeit Hunde angeschafft hätten. Sicherlich sei dies in der Vergangenheit schon diskutiert worden.

Herr Fühner führt aus, dass dieser Einwand in der Vergangenheit umfangreich diskutiert und abgewogen worden sei. In dieser Vorlage gehe es nur um die Umsetzung des abgewogenen Beschlusses.

Herr Heeke fragt nach dem Sachstand zu den Durchlaufregeln, da ihm nicht bekannt sei, um wie viele Spielplätze es sich handeln würde.

Herr Gausmann erläutert, dass auch dieser Aspekt diskutiert und abgewogen worden sei. Sicherlich betreffe diese Problematik mehr als 10 Spielplätze. Die meisten Spielplätze hätten in der Regel Ein- und Ausgänge. Die Entscheidung sei im Sinne des Kinderschutzes getroffen worden.

Herr Fühner verweist auf den letzten Satz der Vorlage, dass Anleitmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe der Spielplätze noch zu prüfen seien. Die Hunde sollten nicht alleine zu Hause bleiben, sondern sich in direkter Nähe des aufgesuchten Spielplatzes aufhalten können. Die Verwaltung werde sicherlich zur gegebenen Zeit zu dem Prüfergebnis berichten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgende Beschlüsse zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgende Beschlüsse:

1. Änderungssatzung

Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Spielanlagen der Stadt Rheine vom 12. Januar 2009

Aufgrund der §§ 7 Abs. 3 Satz 1 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zurzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Rheine in seiner Sitzung am _____ die folgende Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der öffentlichen Spielanlagen der Stadt Rheine erlassen:

Art. I

§ 3 wird um folgenden Absatz 6 ergänzt:

(6) Das Mitführen von Hunden auf Spielplätzen ist verboten. Ausgenommen von dieser Regelung sind jedoch Blinden- und Begleithunde.

Art. II

§ 7 wird um folgenden Absatz 1 Bst. e) ergänzt:

e) wer einen Hund auf Spielplätzen, ausgenommen Blindenhunde und Begleithunde, mit sich führt.

Art. III

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

2. Änderung einer ordnungsbehördlichen Verordnung

Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Rheine vom 15. Dezember 2011

Aufgrund des § 27 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz (OBG) – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528/SGV NRW 2060), in der zurzeit gültigen Fassung, wird von der Stadt Rheine als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Rheine vom _____ für das Gebiet der Stadt Rheine die vorgenannte Verordnung wie folgt geändert:

Art. I

§ 5 wird um folgenden Absatz 5 ergänzt:

(5) Das Mitführen von Hunden auf Spielplätzen ist verboten. Ausgenommen von dieser Regelung sind jedoch Blinden- und Begleithunde.

Art. II

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Anfragen und Anregungen

Es gibt keine Anfragen und Anregungen.

Ende der öffentlichen Sitzung: 20:00 Uhr

Dieter Fühner
Ausschussvorsitzender

Ingo Schmitz
Stellv. Schriftführer